

Anton Rauscher

## **Die Katholische Soziallehre**

ihre Bedeutung für unsere gesellschaftliche Ordnung  
und ihre heutigen Herausforderungen

Vortrag anlässlich des Jahrgedächtnisses von Joseph Kardinal Höffner  
am 19. Oktober 2008 in Köln

Der Autor hat ORDO SOCIALIS die Genehmigung zur digitalen Veröffentlichung erteilt

Das Gedenken an Joseph Höffner, den großen katholischen Sozialwissenschaftler und unvergessenen Erzbischof von Köln wach zu halten und uns von seinem Wort und von seinem Vorbild inspirieren zu lassen, dieses Anliegen vertritt die Joseph-Höffner-Gesellschaft, die in Verbindung mit dem Diözesanrat der Katholiken im Erzbistum Köln jedes Jahr zu dieser Veranstaltung einlädt. Es ist mir eine große Ehre, in diesem Jahr zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich danke Ihnen für die Einladung.

### **Das christliche Menschenbild: Ausgangspunkt und Grundlage**

Joseph Höffner entdeckte sein Interesse an der katholischen Soziallehre während seiner philosophisch-theologischen Studien an der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom (1926 – 1934). Es war die Sozialzyklika Papst Pius XI. *Quadragesimo anno (1931)*, die in außerordentlich schwierigen Zeiten zu einer Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung aufrief. Die Weltwirtschaftskrise, die der New Yorker Börsenkrach von 1929 auslöste, war der Anlass. Nicht das sich selbst überlassene Marktgeschehen und ein unbegrenzter Wettbewerb seien das regulative Prinzip der Wirtschaft, sondern die soziale Gerechtigkeit und die soziale Liebe. Wirtschaft ist mehr als nur der Markt, auf dem der Ausgleich zwischen den Angebots- und Nachfrageströmen geschieht. Wirtschaft ist mehr und etwas anderes als ein Gütergeschehen. Es ist ein gesellschaftlicher Lebensprozess, von Menschen getragen und gestaltet, der deshalb von sozialen Prinzipien bestimmt wird. Höffner war von der Aufgabe fasziniert, diese Grundnormen in Wirtschaft und Gesellschaft zur Geltung zu bringen. Seine theologische Dissertation befasste sich mit der Klärung der Voraussetzungen und Begründungen dieser Prinzipien und ihrer Verankerung im philosophisch-theologischen und im christlich-sozialen Denken. Im Studium der einschlägigen Texte erkannte Höffner die Eigenart der katholischen Soziallehre beziehungsweise der christlichen Gesellschaftslehre. Unbeschadet der (relativen)

Autonomie der irdischen Wirklichkeiten und der gesellschaftlichen Lebensbereiche und unbeschadet der Gesamtverpflichtung, die der Staat für das Gemeinwohl trägt, ist es die Aufgabe der Kirche und ihrer Soziallehre, das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild zu vermitteln und von diesem Fundament her immer neu zu fragen, ob die wirtschaftlichen, die gesellschaftlichen, die kulturellen und die politischen Strukturen und Verhältnisse den Normen der Gerechtigkeit und Liebe entsprechen, die jeder Mensch in seinem Gewissen verspürt, von denen sich der Politiker, der Wissenschaftler, der Unternehmer, der Arbeiter, der Lehrer, der Familienvater und die Familienmutter in besonderem Maße herausgefordert wissen.

Katholische Soziallehre ist nicht einfach „Sozialethik“, so sehr der Rückgriff auf die gesicherten Erkenntnisse der Human- und Sozialwissenschaften und so sehr die ethischen Dimensionen unverzichtbar sind. Die Eigenart der katholischen Sozialwissenschaft ist und bleibt die Verankerung im christlichen Menschenbild und die daraus erwachsenden Erkenntnisse für die Gestaltung und Ordnung des Zusammenlebens. Höffner war ein Meister der Beobachtung der Lebensverhältnisse der Menschen und Völker; er hatte einen wachen Sinn für die geschichtlichen Veränderungen und Entwicklungen in der Gesellschaft und in der Kirche. Er war beileibe kein verknöchertes Prinzipienmensch, sondern ermutigte seine Schüler und Gläubigen, auch neue Wege und neue Ansätze zu wagen und zu erproben, um die Aufgaben, die sich auf den verschiedenen Gebieten stellen, anzugehen und nach wirksamen Lösungen zu suchen. Und dennoch: die letzte Orientierung schöpfte Höffner aus dem christlichen Menschenbild, wie es die Schriften des Alten Testaments und des Evangeliums enthalten und wie es die Kirche in der Zeit immer neu und der Situation gemäß lehrt. Das unterscheidet die katholische Soziallehre, auch die katholische Sozialwissenschaft von einer Sozialethik, von der man bisweilen nicht weiß, welche weltanschauliche, religiöse oder kulturelle Basis ihren Erkenntnissen zu Grunde liegt. Hier lag auch die Stärke Höffners, weil sein Denken als Sozialwissenschaftler in der christlichen Schöpfungsordnung wurzelte und die Menschen wussten, woran sie waren.

Im Folgenden geht es nicht um die Herausforderungen, vor denen das besiegte Deutschland nach dem Untergang des Nationalsozialismus stand. Nach 1945 trug Joseph Höffner in vielfältiger Weise dazu bei, dass der wirtschaftlich-soziale und der kulturell-religiöse Wiederaufbau auf den Grundlagen der unantastbaren Würde jedes Menschen und der ihm vom Schöpfer verliehenen Rechte und Pflichten erfolgte. Im Hinblick auf Wirtschaft und Gesellschaft

ging es um eine neue Ordnung für das Zusammenleben der Menschen. Nicht nur die christlichen Politiker und die Sozialisten, alle politischen Richtungen waren damals entschlossen, dass der „Kapitalismus“ nicht mehr wiederkehren dürfe. Im Mittelpunkt der folgenden Überlegungen stehen die Herausforderungen, vor denen wir heute stehen, die sicher nicht vergleichbar sind mit der Situation, wie sie bei der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 gegeben war. Die Geschichte wiederholt sich nicht. Dennoch gibt es überraschende Parallelen, die sowohl in den Analysen als auch bei den Lösungen mit bedacht werden sollen.

## **1. Die Soziale Marktwirtschaft**

An erster Stelle möchte ich den Problembereich Soziale Marktwirtschaft aufgreifen. Der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau in Westdeutschland erfolgte im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft. Für den Architekten Alfred Müller-Armack bestand die Signatur der Sozialen Marktwirtschaft in der Verbindung von Freiheit und sozialer Bindung beziehungsweise – etwas verkürzt – von Freiheit und sozialer Sicherheit. Der Politiker Ludwig Erhard, der die Soziale Marktwirtschaft gegen alle Widerstände im Deutschen Bundestag und in der Gesellschaft durchsetzte, griff zu der für jeden Bürger verständlichen Maxime: „Wohlstand für alle“. Die Arbeiter waren zunächst in ihrer großen Mehrheit skeptisch und ablehnend, weil sie die Soziale Marktwirtschaft eher für eine leere Worthülse, eine soziale Beruhigungsspielie hielten. Erst als sie merkten, dass die Reallöhne – wenn anfangs auch nur sehr langsam – anstiegen, dass die Produktivkräfte wuchsen und damit auch die Möglichkeiten, die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Kleidung und Wohnungen zu verbessern, vor allem, dass die sozialen Sicherungssysteme tragfähig zu werden begannen, änderte sich bei vielen Arbeitern die Parteipräferenz.

Die SPD, die lange Zeit mit der Marktwirtschaft auf Kriegsfuß stand und überzeugt war, dass sie die ungeheuerere Notsituation nicht wenden würde, musste im Godesberger Programm (1959) nachziehen. Das „Wirtschaftswunder“ speiste seit Ausgang der 1960er Jahre die Wohlstandswellen. In der Bevölkerung wuchs die Meinung, der erreichte Wohlstand, auch das jährliche Wachstum gehöre zur Normalität der Sozialen Marktwirtschaft, zumal in den damaligen Wirtschaftswissenschaften allgemein die Auffassung vertreten wurde, dass man seit John M. Keynes auch über die Mittel und Wege verfüge, um jederzeit eine Rezession der Wirtschaft mit größerer Arbeitslosigkeit rasch bekämpfen, ja sogar um ihr rechtzeitig vorbeugen zu können. Man dachte zu wenig darüber nach, dass die Soziale Marktwirtschaft nur

funktionieren kann, wenn die Menschen die notwendige Einstellung und das entsprechende Verhalten haben.

### **Die Herausforderung der Arbeitslosigkeit**

Einen Dämpfer erhielten die Erwartungen, als nach der ersten Ölkrise mit autofreien Sonntagen (1973) die Bundesregierung unter Helmut Schmidt die Erfahrung machen musste, dass staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme entgegen den wirtschaftspolitischen Positionen in den Lehrbüchern nicht in der Lage waren, die Arbeitslosigkeit zurückzudrängen. Dieses Erzübel der Industriegesellschaft stieg bis 1982 auf zwei Millionen Arbeitslose an. Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft war zwar noch nicht erschüttert, aber angeschlagen. Dann kam 1989/90 die Wiedervereinigung und viele dachten, das Wirtschaftswunder, das sich in Westdeutschland ereignet hatte, würde jetzt beim Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern gleichfalls zum Zuge kommen. Dieser Stimmung verlieh Bundeskanzler Helmut Kohl Ausdruck, als er von den „blühenden Landschaften“ sprach.

Seit der Jahrtausendwende wurde immer deutlicher, wie schwierig und langwierig es sein würde, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft im Osten, die bei der Wiedervereinigung nur etwa 30 Prozent der westdeutschen Produktivität hatte, allmählich zu steigern. Man realisierte, dass massiver Geld- und Finanztransfer die notwendige Neuorientierung und das Verhalten der Menschen nicht automatisch nach sich ziehen. Als die Arbeitslosigkeit im Winter 2005/06 auf ein Rekordhoch stieg und in den Massenmedien von nun an mit Vorliebe die Abstände und Gegensätze zwischen „arm“ und „reich“ diskutiert wurden, änderte sich die Einstellung zur Sozialen Marktwirtschaft bei vielen Bürgern. Woran liegt es, dass nach den Umfragen in den letzten drei Jahren die Soziale Marktwirtschaft erheblich an Zustimmung eingebüsst hat? Wie ist es möglich, dass die Kritik und die Vorbehalte gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft, die in den früher kommunistisch regierten Ländern vor allem bei den Parteifunktionären zu ihrem politischen Repertoire gehörten, wieder hoffähig wurden und die 1989 aufgebrochene Sehnsucht nach Freiheit überlagerten, ja dass die alten Parolen auch bei Bürgern im Westen verfangen? Wie kommt es, dass die führenden Vertreter der Partei „Die Linke“ trotz den Erfahrungen mit dem kommunistischen System inzwischen auch in fast allen Landtagen in Westdeutschland sitzen und, ohne rot zu werden, das Versagen der totalitären Kommandowirtschaft in einen Vorzug von Gleichheit umdeuten und die Menschen ver-

gessen machen wollen, dass von dieser „Gleichheit“ nicht die Bevölkerung, sondern am meisten die Klasse der Parteifunktionäre profitierte? Und wie ist es möglich, dass nicht wenige Bürger im Westen diese Falschmünzerei auch noch glauben?

Die innere Abkehr vieler Bürger von der Sozialen Marktwirtschaft kann nicht allein dem Übel der Massenarbeitslosigkeit zugeschrieben werden. Kein Land Europas war in den letzten beiden Jahren bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erfolgreicher als die Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn da und dort andere Statistiken präsentiert werden, so kann man den Rückgang der Arbeitslosigkeit von fast fünf auf drei Millionen nicht leugnen, zumal er sich nicht nur in den süddeutschen Ländern, sondern in allen Bundesländern, wenn auch in unterschiedlichem Grad, vollzogen hat. Der Schaffung von fast zwei Millionen Arbeitsplätzen verdanken wir es, dass die Beitragszahlungen an die sozialen Versicherungen anstiegen, dass auch die Haushaltsdefizite beim Bund, bei den Ländern und bei den Kommunen wenigstens teilweise abgebaut werden konnten. Im Übrigen muss hier auch bedacht werden, dass jeder zusätzliche Arbeitsplatz eine Kapitalausstattung voraussetzt, die von den Unternehmen und Betrieben bereitgestellt wurde. All dies war und ist nur möglich, weil die deutsche Wirtschaft quantitativ und qualitativ zulegte.

### **Vernachlässigung der breiten Mittelschicht**

Eines jedoch ist durch den Abbau der Arbeitslosigkeit nicht erreicht worden: Die höhere Produktivität und die steigenden Erträge kamen den Mitarbeitern in den Betrieben nur zu einem geringen Teil zugute. Zwar stiegen die Bruttolöhne, aber noch stärker die Steuern und Abgaben. Die Große Koalition stand 2006 vor der Aufgabe, die jährlich beständig anwachsende Neuverschuldung der öffentlichen Kassen unter allen Umständen wirksam zu bekämpfen. Deutschland hatte gegen den EU-Vertrag verstoßen; es drohten harte Maßnahmen. Die massive Anhebung der Mehrwertsteuer, die Streichung der Pendlerpauschale, die Abschaffung der Wohnungsbauförderung, die Verminderung der Sparerfreibeträge, die Erhöhung der Abgaben vor allem bei den Kommunen, die exorbitanten Preissteigerungen besonders für Energie: Bezahlt hat dies in erster Linie die leistungsstarke breite Mittelschicht, zu der die große Mehrheit der Arbeitnehmer gehört. Sicherlich wurden im Zuge der Hartz IV-Reformen auch die Sozialleistungen neu geordnet. Auf's Ganze gesehen aber verstärkte sich bei denen, die mit ihrer Arbeit für die Produktion und die Produktivität sorgen, das Gefühl, dass der Auf-

schwung der Wirtschaft an ihnen vorbeigegangen sei. Hinzu kam, dass die Große Koalition Steuerentlastungen beschloss, die vor allem den Großunternehmen zugute kamen. Dafür gab es gute Gründe, weil Deutschland auch in Zukunft auf ausländische Investoren angewiesen ist und nicht daran interessiert sein kann, dass diese Investoren mehr und mehr in den Ländern Osteuropas oder Asiens tätig werden. Aber es stellt sich die Frage, ob das Bündel der genannten Maßnahmen einigermaßen stimmig und ausgewogen auf die verschiedenen Gruppen verteilt wurde. Versäumt wurde eine Steuerreform, die den Arbeitnehmern „mehr Netto von Brutto“ belässt; auch die Änderungen im Familienlastenausgleich gingen in die falsche Richtung.

Hier muss noch ein weiterer Problembereich genannt werden. Das, was viele Arbeitnehmer in Wut versetzte und das Ansehen der Sozialen Marktwirtschaft schwer beschädigte, waren die Verhaltensweisen und Praktiken von Vorständen und Aufsichtsgremien einiger Großunternehmen. Sie hatten glänzend verdient und waren stolz auf die Milliarden Gewinne; im gleichen Atemzug kündigten sie den Abbau der Belegschaften an – und das in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit und womöglich der Verlust des Arbeitsplatzes viele Arbeitnehmer und ihre Familien belastete. Hier ist ein neues Zerrbild des Unternehmers entstanden, als ob es nur um den Gewinn, nur um die Börsennotierung gehe, die Arbeitnehmer aber nur als nützliche Arbeitskräfte zählten. Viel Vertrauen, das die Menschen in die Soziale Marktwirtschaft gesetzt hatten, dass es den Unternehmen und den Unternehmern nicht nur um den wirtschaftlichen Erfolg auf den Märkten, sondern in erster Linie um die Menschen gehe – primär um die eigenen Arbeitnehmer und ihre Familien, sodann um die Zulieferer und Abnehmer – ist hier verloren gegangen. Es hatte lange gedauert, bis dieses Vertrauen nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden war und die Einstellung der Bürger zur Wirtschaft sich positiv gestaltet hatte. Und jetzt? Das Wort von den „Heuschrecken“ machte die Runde und vergiftete das soziale Klima. War nicht mehr die Bedarfsdeckung des Volkes an Gütern und Diensten das Ziel der Wirtschaft, sondern war die pure Geldgier zur Antriebskraft geworden?

### **Das Problem der Grenzmoral**

Gott sei Dank sind es Einzelfälle, die aus dem sozialen und moralischen Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft fallen, auch wenn in einer zugespitzten Situation, worauf schon Goetz Briefs in den 1920er Jahren hingewiesen hat, die Gefahr wächst, dass die „Grenzmoral“ im-

mer mehr das Denken und Handeln in Betrieben und Unternehmen, von Managern und Spekulanten bestimmt. Grenzmoral bedeutet, dass die Hemmschwelle für wirtschaftliches Handeln unter die Grenze dessen fällt, was ethisch und moralisch im Sinne der Gerechtigkeit und des Gemeinwohls gerade noch als zulässig erachtet wird. Da die Massenmedien nicht zu differenzieren pflegen, sondern die Geldgier anprangern, besteht die Gefahr, dass der Leser dies nicht nur auf die sogenannten „schwarzen Schafe“ bezieht, sondern ganz allgemein auf die Unternehmer und Manager. Auf diese Weise werden die Einzelfälle zu Pauschalverurteilungen, obwohl die große Mehrzahl der Unternehmer, der Kaufleute und Gastwirte, der Geschäftsführer vor allem in den vielen mittleren und kleineren Unternehmen und Betrieben scharf rechnen muss. Sie wissen, dass sie ohne fleißige und tüchtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Dauer im Wettbewerb nicht bestehen können. Im Übrigen: Wenn die neue Linke die Geldgier und das Versagen Einzelner zur Anklage gegen die Soziale Marktwirtschaft hochstilisiert und unsere freiheitliche Ordnung als „kapitalistisch“ brandmarken möchte, dann ist dies eine glatte Verleumdung. Eine Volkswirtschaft, in der die Ausgaben für soziale Zwecke und Aufgaben nach wie vor mehr als ein Drittel des Bruttosozialprodukts ausmachen, kann nicht in diese Ecke gedrückt werden.

### **Die Bedeutung des Wettbewerbs**

Joseph Höffner, der während des Zweiten Weltkrieges bei Walter Eucken, dem Begründer der Freiburger Schule, Nationalökonomie studiert und bei ihm promoviert hatte, hat in den Jahren des Wiederaufbaus durch seine Schriften, durch seine Lehrtätigkeit an der Universität und durch seine Vortragstätigkeit in den Sozialen Seminaren, in den katholischen Verbänden und in vielen Pfarrgemeinden dazu beigetragen, dass die Wertgrundlagen der Wirtschaftsordnung von den Christen erkannt und bejaht werden. Er hat sich dafür eingesetzt, dass die Bedeutung des Wettbewerbs für den wirtschaftlichen Fortschritt, aber ebenso als Gegenkraft gegen die Vermachtung der Wirtschaft und ihre Monopolisierung erfasst werden. Die Bezeichnung „Soziale Marktwirtschaft“ hat Höffner nur selten gebraucht. Entscheidend kam es ihm auf die beiden Pfeiler der Wirtschaftsordnung an. Da ist einerseits die Freiheit und Kreativität, die eigene Arbeit des Menschen als Person, als des verantwortlichen Subjekts des wirtschaftlichen Tuns, und andererseits die Einbettung des einzelnen Menschen in die sozialen Lebenskreise, in denen er seine Kräfte und Fähigkeiten entfalten kann und für die er eine Mitverantwortung trägt.

Die Wirtschaftsordnung verkommt und die Wirtschaft verliert ihre Leistungsfähigkeit, wenn nicht mehr die Personen die aktiven Zentren sind und wenn an die Stelle ihrer sozialen Verantwortung der Staat oder Kollektive treten, die den arbeitenden Menschen womöglich zu einem Befehlsempfänger und zu einem Rädchen einer seelenlosen Maschinerie degradieren. Die Sicht des Menschen als Ursprung und Ziel des wirtschaftlichen Geschehens, diese Sicht der Katholischen Soziallehre kann uns bewahren vor falschen kollektiven technisch-rationalen Konzepten, die über kurz oder lang in Sackgassen enden. Mir scheint, dass wir in Politik und Verwaltung zu einseitig auf Strukturen und bürokratische Abläufe setzen und zu wenig auf die kreativen und moralischen Fähigkeiten der menschlichen Personen, auch in ganz ungewohnten und schwierigen Situationen neue Möglichkeiten und Wege für eine Lösung zu erkennen und einzuschlagen.

## **2. Der Unternehmer**

Auf der Gründungsversammlung der Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) am 27. März 1949 in Königswinter – also noch vor Gründung der Bundesrepublik Deutschland – sprach Joseph Höffner, der die Aufgabe des geistlichen Beraters übernahm und sie bis zur Ernennung zum Bischof von Münster beibehielt, von den drei unternehmerfeindlichen Parolen, die damals das öffentliche Bild bestimmten: „profitgierige Ausbeutung“, „Versklavung an die Maschine“, „unwürdige Fremdbestimmung“. Er fügte hinzu: „Eine neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung muss und wird kommen, wenn nicht mit den Christen, dann ohne sie und gegen sie“. Dem Zerrbild des Unternehmers, wie es in den Schriften der Sozialisten und besonders der Kommunisten entwickelt wurde, stellte Höffner seine Auffassung entgegen. Freilich, bei den Vätern der klassischen Nationalökonomie und bei ihren wissenschaftlichen Nachfahren tauchte der „Unternehmer“ lange Zeit gar nicht auf. Sie hatten in der Regel den Eigentümer der Produktionsmittel vor Augen, der Arbeiter in seinen Dienst nahm, um den Produktionsprozess in Gang zu setzen. Es war Joseph A. Schumpeter, der nach dem Ersten Weltkrieg den „Unternehmer“ entdeckte, der in der Realität mit der Entstehung der Großunternehmen hervortrat.



### **Mittelpunkt der Wirtschaft ist nicht das Kapital, sondern der Mensch**

Auch in den Sozialzyklen *Rerum novarum* (1891) und *Quadragesimo anno* (1931) war von den Eigentümern, aber nicht von Unternehmern die Rede. Höffner begegnete dem „Unternehmer“ erstmals während seiner volkswirtschaftlichen Studien in Freiburg. Nach dem Krieg war er bemüht, die „wahre Gestalt“ des Unternehmers gegenüber den Verzerrungen herauszuarbeiten. Ein Kernsatz der Rede von 1949 lautete: „Mittelpunkt der Wirtschaft ist also nicht das Kapital, sondern der Mensch. Ziel der Wirtschaft ist weder die Kapitalanhäufung noch die Technokratie, sondern die ‚Kulturfunktion der Unterhaltsfürsorge‘ (W. Sombart)... Die Aufgabe des Unternehmers erschöpft sich eben nicht im Dienst am investierten Kapital oder im Dienst an der Kundschaft; sein hervorragender Dienst ist vielmehr der am eigenen Arbeiter. Der Unternehmer muss also dafür sorgen, dass seine Arbeiter und ihre Familien menschenwürdig leben können“.

Mit Nachdruck trat Höffner für das Gegenmodell der Klassengesellschaft ein: für das Partnerschaftsmodell zwischen Eigentümer/Unternehmer und Arbeitnehmern, weil nach katholischer Auffassung beide Seiten voneinander abhängen und nicht im Gegeneinander, sondern nur im Miteinander gemeinsam Erfolg haben können. Dieser Gedanke berührte sich mit der von Ludwig Erhard verfochtenen Maxime, wonach „alle in einem Boot“ sitzen. Der Partnerschaftsgedanke geht gut zusammen mit der Idee, dass Ordnung und Gestaltung der Arbeitswelt nicht nur von gegensätzlichen Interessen bestimmt werden, sondern beide Seiten partnerschaftlich zusammenarbeiten.

Höffner hatte freilich ein feines Gespür für sich anbahnende Änderungen. Sieben Jahre nach der Gründungsversammlung des BKU setzte er sich auf der 8. Jahreshauptversammlung in Bad Neuenahr (1956) differenziert mit dem Ethos des Unternehmers auseinander. Er trug sich mit der Idee, ähnlich wie man früher einen Fürstenspiegel, einen Handwerkerspiegel, einen Bauernspiegel oder einen Kaufmannsspiegel hatte, einen „Unternehmerspiegel“ zu entwerfen. Dies erschien ihm jedoch „gewagt“, weil nicht selten behauptet wurde, der Typus des Unternehmers gehöre einer zu Ende gehenden Epoche an: „Seine ehemals so souveräne und geschlossene Macht löse sich in eine Vielzahl von Funktionen auf. Sein Wirkungsfeld enge sich ein, da insbesondere die Großbetriebe einen fast öffentlichen Charakter trügen und ein halb sozialistisches, halb liberales Doppelgesicht zeigten. Die Direktoren dieser Großbetriebe nähmen mehr und mehr die Gestalt der Manager an, der ‚Apparatisen‘ wie die Russen

zu sagen pflegen; sie stünden in dem unbefriedigenden und hemmenden Dilemma, nicht wirklich selbstständig und nicht völlig unabhängig zu sein und doch leisten zu müssen. Das alles, so sagt man, habe dazu geführt, dass der moderne Unternehmer seiner selbst und seiner Daseinsberechtigung irgendwie unsicher geworden sei, wozu noch komme, dass die öffentliche Meinung ihm misstrauisch, verständnislos und ablehnend gegenüberstehe“.

### **Unternehmer und Manager**

Wer nun vermuten würde, für Höffner sei das Auseinandertreten von Unternehmer und Manager Anlass zu einer kritischen Besinnung geworden, der würde den Realitätssinn dieses katholischen Sozialwissenschaftlers zu gering veranschlagen. Nüchtern konstatiert Höffner, dass die Großunternehmen zur entwickelten Industriegesellschaft gehören: „Man kann im handwerklichen Kleinbetrieb keine Ozeanriesen bauen“. Weil aber kein einzelner Eigentümer das erforderliche Kapital aufbringen kann, sind die Aktionäre die Kapitalgeber und Eigentümer. „Die leitenden und planenden Funktionen übernehmen die Direktoren, denen ein ganzer Stab von leitenden Angestellten zur Seite steht. Die ausführende Arbeit obliegt den Lohnarbeitern und den an Zahl immer mehr zunehmenden Angestellten der unteren und mittleren Gehaltsstufen“. Auf die Frage, was nun die typische Unternehmerfunktion sei, weist Höffner darauf hin, dass diese weder in der ausführenden Arbeit noch im Tragen des Eigentumsrisikos liegt, sondern in der Leitung des Unternehmens. Die Ausübung schöpferisch-unternehmerischer Funktionen sei kein ausschließliches Vorrecht der Eigentümer mehr. Leitende Positionen in der Wirtschaft stünden heute einem viel größeren Kreis unternehmerisch begabter Menschen offen.

Was nun die ethischen Qualitäten dieses neuen Unternehmertyps betrifft, so nennt Höffner vier Bereiche:

- Fachliche Vortrefflichkeit, was die schöpferische Kombinationsgabe, die reale Phantasie, die Witterung für zukunftssträchtige Entwicklungen, das Talent im Koordinieren und eigenständige Tatkraft verlange;
- die Bereitschaft zum Dienen an den eigenen Mitarbeitern, an den Zulieferern und Abnehmern, an den Menschen, die auf Güter und Dienste angewiesen sind, an der Mitgestaltung der Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft;
- die Sorge für das allgemeine Wohl;

- die Warnung vor dem „totalen“ Unternehmer, der keine Zeit mehr hat, weder für Frau und Kinder, noch für das Schöne, noch für notleidende Menschen, auch nicht für Gott.

Bei der Mehrzahl der genannten ethischen Qualitäten handelt es sich um Anforderungen, die Höffner zunächst im Hinblick auf den Eigentümer-Unternehmer entwickelt hat. Auch gab es in den Jahrzehnten des Wiederaufbaus in der Bundesrepublik Deutschland und eines steilen Wirtschaftswachstums vor allem in der Automobilindustrie, bei den Werkzeugmaschinen, in der elektrotechnischen und chemischen Industrie, natürlich auch in der Bauindustrie nur wenige Problembereiche, die verhältnismäßig rasch gelöst werden konnten. Erinnerung sei etwa an die Rücknahme der Kohleförderung, wobei viele Bergarbeiter in anderen Branchen unterkamen oder zu günstigen Bedingungen, die mit den zuständigen Gewerkschaften ausgehandelt wurden, vorzeitig in Rente gingen. Problematisch waren die Frühverrentungen im Metallbereich, die von den Unternehmen zu einer Verjüngung der Belegschaften genutzt wurden. Die Leidtragenden waren die Arbeiter, die sich vorkamen, als ob sie schon zum alten Eisen gehörten. Problematisch war auch die teilweise Überwälzung der damit verbundenen Kosten auf die Rentenkassen.

Nach dem Regierungswechsel von 1982 konnte die hohe Arbeitslosigkeit durch Stärkung der Marktkräfte spürbar verringert werden. Allerdings gelang es nicht, die Langzeitarbeitslosigkeit zu senken und das verhältnismäßig starre Tarifvertragssystem zu lockern. Die Gewerkschaften waren nicht dafür zu gewinnen, bei den Flächentarifverträgen die wirtschaftliche Situation der jeweiligen Unternehmen zu berücksichtigen. Auch der Gedanke, die Lohnstrukturen – wie z. B. in Japan – flexibler zu gestalten, indem etwa 80 % der Lohnsumme wie bisher festliegen und 20 Prozent zum Jahresende erfolgsbezogen ausbezahlt würden, wurde nicht einmal diskutiert. Auch bei der Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital, in welcher Form auch immer, kam es nur zu gelegentlichen Vorstößen, aber nicht zu einem Durchbruch, der die weitere Entwicklung in der Arbeitswelt und das Verhältnis zwischen den Tarifpartnern günstig beeinflusst hätte.

### **Haftung und Risikobereitschaft**

Allerdings hat sich das von Höffner bereits beobachtete Auseinandertreten der Eigentümer- und der Managerfunktionen mit den 1980er Jahren beschleunigt. Während der Eigentümer-Unternehmer für seine wirtschaftlichen Entscheidungen mit seinem Vermögen haftet und

deshalb zu einer eher vorsichtigen, vor allem langfristigen Abschätzung der Risiken und Möglichkeiten neigt, sind die Manager sehr viel mehr an kurzfristigen Gewinnchancen interessiert und bereit, auch höhere Risiken einzugehen, weil sie für Misserfolge nicht mit ihrem Vermögen einzustehen haben. Weder die Vorstände der großen Aktiengesellschaften noch die Aufsichtsräte und Kontrollgremien haben die Problematik, die sich hinter den grundverschiedenen Funktionen verbirgt, aufgegriffen und überlegt, ob nicht Gegengewichte gegen die hohe Risikobereitschaft der Manager geschaffen werden müssten. Auch aus den Wirtschaftswissenschaften und vom Staat, der das Gemeinwohl zu sichern hat, wurden diese problematischen Entwicklungen nicht erkannt. Das Interesse der Verantwortlichen in den Unternehmen richtete sich mehr und mehr auf den zählbaren Erfolg. Das Profitdenken nahm in allen Bereichen der Wirtschaft zu. Höhere Renditen und höhere Zinsen, auch wenn es nur Zehntelprozente sind, wurden zum allgemeinen Maßstab.

Nach dem Fall der Mauer und dem Zusammenbruch des kommunistischen Imperiums setzte in den 1990er Jahren der Prozess der Globalisierung ein. Die multinationalen Unternehmen nutzten die neuen Möglichkeiten und fingen an, ganze Produktionsbereiche in Länder mit niedrigen Lohnkosten zu verlagern. Sie sorgten dafür, dass die Gewinne dort versteuert wurden, wo die Steuern niedrig sind, und die Schulden dort verrechnet wurden, wo die größten Subventionen zu holen waren. Auch dieses Vorgehen wurde von der Wirtschaft als „marktkonform“ angesehen, ohne dass die damit verbundenen Belastungen hinterfragt wurden. Und auch für den Staat zählten nur die Bilanzen.

Die Einführung des Euro, die ohne Zweifel zu den großen Errungenschaften gehört, trug wesentlich zur Stabilisierung der Währungs- und Finanzsysteme in der Europäischen Union, aber auch weltweit bei: Man wählte sich auf der Straße des Fortschritts, auf der es nur noch aufwärts gehen könne. Als die ersten Anzeichen spekulativer Finanzbetrügereien großen Stils ruckbar wurden – ich erinnere an den Finanzmakler einer britischen Großbank, der in Singapur über sechs Milliarden Dollar in den Sand setzte –, hätten verantwortungsbewusste Unternehmer und Manager, Banker und Börsianer Alarm schlagen müssen. Nichts dergleichen geschah. Auch die ungeheure Vermehrung des Kreditvolumens und die internationalen Winkelzüge von Spekulanten verursachten vorübergehend ein gewisses Unbehagen, führten aber nicht zu einer Gewissenserforschung. Es gab Stimmen, die schon frühzeitig auf die Problematik der amerikanischen Immobilienfinanzierung hin wiesen; aber auch deutsche Banken

ließen sich, wie sich jetzt herausstellte, nicht bremsen, dort einzusteigen, wo der höchste Profit lockte.

### **3. Die soziale Ordnungsfunktion des Privateigentums**

Inzwischen ist eine Finanzmarktkrise ausgebrochen, mit der niemand gerechnet hatte. Sie nahm ihren Ausgang von der Immobilienkrise in den USA, erfasste das gesamte Finanz- und Bankensystem in Nordamerika und in Europa und erschütterte die ganze Welt. Noch weiß niemand, wie heftig sich die Finanzkrise zu einer Weltwirtschaftskrise ausweiten wird. Die Finanzkrise ist nur bedingt vergleichbar mit jener Krise, die im Gefolge des New-Yorker Börsenkrachs von 1929 die Weltwirtschaft heimsuchte und das Ende der Laisser-faire-Wirtschaft markierte. Jetzt ist die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft, die die Banken, Sparkassen und Finanzinstitute zu gewährleisten haben, zusammengebrochen. In der modernen Wirtschaft sind die Unternehmen und Betriebe, die Güter produzieren und Dienste bereitstellen, in hohem Maße auf Fremdkapital angewiesen. Die Kredite werden zurückgezahlt, wenn die Güter an die Verbraucher verkauft sind. Der Geld- und Finanzkreislauf ist für die Wirtschaft eine Grundbedingung. Er ist zum Stillstand gekommen, weil einige große Banken ihren eingegangenen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnten. Die übrigen Banken, und zwar auf nationaler wie auf internationaler Ebene, waren nicht mehr bereit, Geld zu leihen, weil sie befürchteten, dass sie es womöglich nicht mehr zurück bekommen und deshalb selbst in den Strudel der Insolvenz hineingezogen würden. Auch die Maßnahmen der Zentralbanken, Milliarden neues Geld in den Kreislauf zu pumpen, um die Zahlungsfähigkeit zu sichern, waren nicht ausreichend. Erste Anzeichen gab es, dass eine wachsende Zahl von Bürgern die Sorge bewegte: Wie sicher ist mein Geld? Sie fingen an, ihr Erspartes bei ihren Banken abzuholen. Um eine Katastrophe zu vermeiden, mussten die Regierungen der Industrienationen eingreifen und Garantien für Sparguthaben geben. Darüber hinaus mussten sie Maßnahmen ergreifen, um das wechselseitige Vertrauen der Banken und Kreditinstitute wieder aufzubauen. Der im Eilverfahren mit großer Mehrheit vom Deutschen Bundestag beschlossene Rettungsplan – nur die Grünen und die Linkspartei waren dagegen – soll angesichts der um sich greifenden Verunsicherung Vertrauen zurück in die Märkte bringen und den Kapitalfluss wieder in Gang bringen.

## Der Vertrauensverlust

Der Grund für den Vertrauensverlust unter den Banken und Finanzinstituten hängt mit der ungeheuren Vermehrung des – nennen wir es – „virtuellen Geldes“ zusammen. Die Banken, insbesondere die Investmentbanken, die Hedge-Fonds und die Finanzinvestoren wurden immer erfinderischer, mit welchen neuen Formen das Kreditvolumen ausgeweitet und die Umschlaggeschwindigkeit der Kredite erhöht werden können. Sie haben dabei glänzend verdient und die Renditeerwartungen in der Wirtschaft, vor allem bei Großunternehmen und Banken sind steil nach oben gegangen. Es war eine riesige Luftblase, eine Scheinwelt, die entstand. Hier sind die vielfältigen Verbriefungen zu nennen, bei denen Kredite gebündelt und an andere Banken verkauft wurden. Dazu gehören die sogenannten „Derivate“, auf die man auch Wetten abschließen kann, ob ihre Kurse an den Börsen steigen oder fallen; die „Leerverkäufe“, bei denen man darauf spekuliert, dass die Aktie eines Unternehmens fällt; oder die „Zertifikate“, nämlich Schuldverschreibungen der Banken, auch wenn diese nicht „gesichert“ sind. Die schweren Kursverluste an den Börsen, die primär nicht durch eine Rezession der Wirtschaftstätigkeit verursacht wurden, sind ein Zeichen dafür, wie ernst es um unser Finanzsystem steht.

Inzwischen hat die Suche nach den Ursachen und nach den Verantwortlichen für die Finanzmarktkrise eingesetzt. Leider hat sich unsere Gesellschaft bisher wenig mit der Frage befasst, welches die äußeren und inneren Voraussetzungen und Bedingungen dafür sind, dass der Zahlungsverkehr auf nationaler und internationaler Ebene ohne Reibungen verläuft und die Geld- und Kreditversorgung der Wirtschaft ohne Störungen vor sich geht. Auch die Wirtschafts- und Finanzwissenschaften wurden von der Finanzkrise überrascht. Vor der Einführung des Euro gab es viele Untersuchungen und Abhandlungen über die Währungsstabilität, über die Ursachen von inflationären Prozessen, über die Auf- und Abwertungen der Währungen. Die neuen Kreditmöglichkeiten, die sich in jüngster Zeit entwickelten, wurden in den Massenmedien und auch in der wissenschaftlichen Literatur meist als willkommene Erweiterungen der bisherigen Finanzspielräume verstanden und interpretiert. Die Frage, ob auch Gefährdungen und Probleme und welche Risiken damit verbunden sind, wurde vereinzelt aufgeworfen. Auch verantwortungsbewusste Banker und Notenbankpräsidenten machten sich Gedanken über die Milliardenbeträge, die täglich an den Weltbörsen umliefen, aber sie schlugen nicht Alarm. Man glaubte, die Lage im Griff zu haben und bei Bedarf die notwendigen Maßnahmen ergreifen zu können.

## Die Geldgier

Die Finanzkrise hat sicherlich auch eine eminent moralische Seite. Sie wird jetzt vielfach mit der „Geldgier“ in Zusammenhang gebracht, die vor allem in Banken und Börsenkreisen ausgebrochen zu sein scheint. Die Wall Street wird zum Symbol für die ständige Gier nach noch mehr und noch höheren Gewinnen, nach Einkommenszuwächsen und Nutzensteigerungen. Man übersieht dabei, dass nicht nur die Börsenmakler und Spekulanten von der Geldgier erfasst waren; das Feilschen um Zehntelprozentpunkte hinter dem Komma wurde Mode und in den Massenmedien tagtäglich vor Augen geführt. Unwillkürlich fallen einem die vielen Stellen und Gleichnisse im Evangelium ein, wo Jesus das Reichtumsstreben anprangert und warnt: „Was nützt es einem Menschen, wenn er die ganze Welt gewinnt, dabei aber sich selbst verliert und Schaden nimmt?“ (Lk 9,25). In der Hochscholastik kritisiert Thomas von Aquin ein übermäßiges Gewinnstreben, „das kein Ende nimmt, sondern ins Unendliche tendiert“ („deservit cupiditati lucri, quae terminum nescit, sed in infinitum tendit“; Summa theologica, II. II. qu. 77, a. 4c)<sup>1</sup>. In der Verkündigung Jesu ist die Nächstenliebe das Gegengewicht, das den Menschen davor bewahren kann, zum Egoisten zu werden. Die Kirche hat von Anfang an gegen die Geldgier angekämpft. Aus dieser Grundhaltung heraus ist in der alten Agrargesellschaft, in der es kein wirtschaftliches Wachstum gab, das Zinsverbot entstanden, das heute noch in den „Wucherzinsen“ lebendig ist. Als sich die Agrargesellschaft zu wandeln begann und die Handelsbeziehungen wuchsen, wurde das Zinsnehmen in der italienischen und spanischen Spätscholastik neu diskutiert. Es setzte sich die Meinung durch, dass ein „mäßiger Zins“ erlaubt sei.

Auf der anderen Seite hat die Finanzkrise jene Vorbehalte und Kritik am Privateigentum, insbesondere an den Produktionsmitteln, wieder entfacht, die im Zusammenhang mit der „sozialen Frage“ in den sozialistischen Strömungen hoch kamen. Karl Marx meinte, dass das Privateigentum die Erbsünde der Menschheit sei und die sozialen Übel nur durch die Abschaffung des Privateigentums beseitigt werden könnten. Anders die Sozialverkündigung der Kirche. So sehr die Kirche die Geldgier bekämpfte, so ließ sie keinen Zweifel darüber aufkommen, dass das siebte Gebot „Du sollst nicht stehlen“ auch in der modernen Industriegesellschaft seine Gültigkeit behält.

### **Besinnung auf die Wertgrundlagen tut not**

Ohne hier auf die christliche Lehre über das Eigentum und ihre Entwicklung einzugehen, kann die Besinnung auf die soziale Ordnungsfunktion des Privateigentums einen Beitrag zur Lösung der Finanzkrise leisten.

1. An erster Stelle muss hier das Problem genannt werden, dass in der modernen Kreditwirtschaft der ursprüngliche Bezug von Eigentum und Haftung für die Folgen wirtschaftlichen Handelns gelockert, ja zum Teil zerstört wurde. Das Privateigentum ermöglicht es den menschlichen Personen, wirtschaftliche Entscheidungen in Freiheit und Verantwortung zu treffen. In der Regel sind wirtschaftliche Entscheidungen mit Risiken verbunden. Es ist die Ungewissheit, ob eine bestimmte Maßnahme, wie erhofft, erfolgreich ist oder nicht. Wenn zum Beispiel eine Investition daneben geht, so muss der wirtschaftliche Schaden vom Eigentümer getragen werden. In der Haftung des Eigentümers wird die soziale Ordnungsfunktion des Privateigentums spürbar. Sie bewirkt, dass der Eigentümer die Risiken seines wirtschaftlichen Handelns sorgsam abwägt und nur diejenigen Risiken einzugehen pflegt, die für ihn und seine Vermögens- und Arbeitsposition tragbar sind. Die soziale Ordnungsfunktion des Privateigentums besteht darin, dass der Eigentümer „verantwortlich“ handelt und hohe Risiken scheut, die ihn ruinieren könnten. Die Haftung bewahrt ihn davor, sich wie ein Spieler zu verhalten. Je weniger Spieler und je geringer die Spielermentalität in einer Gesellschaft sind, umso solider wird das wirtschaftliche Handeln sein.
2. Wolfgang Schulhoff hat in einem Beitrag für die FAZ auf eine Strukturschwäche unserer Wirtschaftsordnung hingewiesen<sup>2</sup>. Sie besteht darin, dass der Eigentümer-Unternehmer das volle Risiko unternehmerischen Handelns trägt und mit seinem Vermögen haftet. Ganz anders ist die Situation bei angestellten Managern: Erfolge werden mit Belohnungen bedacht, während Misserfolge nicht mit der Haftung für den angerichteten Schaden verbunden sind, sondern häufig noch mit einem „goldenen Handschlag“ honoriert werden. Die Finanzbranche wird von angestellten nicht haftenden Managern dominiert. Bei diesen gingen Geldgier, steigende Renditeerwartungen und eine immer größere Risikobereitschaft eine unheilvolle Verbindung ein. Die Ausschaltung der sozialen Ordnungsfunktion des Privateigentums, die die Haftung des Eigentümers einschließt, hat die Risikobereitschaft ansteigen lassen. Die Tren-



nung von Eigentum und Haftung hat dazu geführt, dass die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert wurden. Alle, die zu dieser Entwicklung beigetragen haben, haben versagt und schwer gegen das Gemeinwohl verstoßen.

3. Hinzu kam, dass die Investitionspolitik der Großunternehmen und der Banken den kurzfristigen Erfolg im Auge hatten, wohingegen die mittleren und kleineren Unternehmen und Betriebe, die zum größeren Teil als Familienunternehmen geführt werden, auf lange Sicht hin orientiert sind. Für sie ist nicht der momentane Börsengewinn entscheidend. Auch die Risiken haben einen entsprechenden Zuschnitt. Die Verwundbarkeit der modernen Wirtschaft hängt damit zusammen, dass die Produktion von Gütern und Diensten darauf angelegt ist, die maximale Nachfragespitze auf den Märkten jederzeit zu decken und dadurch die Gewinne zu steigern. Eine längerfristige Orientierung, die auch Änderungen und Verschiebungen der Nachfrage oder der internationalen Strukturen berücksichtigt, wäre weniger krisenanfällig und könnte beweglicher reagieren.
4. Ein besonderes Kapitel ist die Kontrolle der Unternehmen, der Banken, der Finanzinstitute und der Finanzmärkte. Darin sind sich alle einig, dass im Interesse des Gemeinwohls Maßnahmen und rechtliche Regelungen geschaffen werden müssen, die eine Wiederholung der jetzigen Finanzkrise oder ähnlicher Entwicklungen verhindern. Allerdings spitzt sich die Frage zu: Wie soll und kann dieses Ziel erreicht werden? Schon heute hat sich herausgestellt, dass viele Mitglieder von Aufsichtsräten entweder sich schwer tun, die Risiken der neuen Kreditmöglichkeiten und ihre Folgen überhaupt abzuschätzen. Auch die Ratingagenturen haben in vielen Fällen Fehleinschätzungen produziert. Haben wir überhaupt genügend versierte Leute, die den immer neuen Schlichen der Finanzmakler und Spekulanten auf die Spur kommen und ihre Problematik entlarven können? Selbst die besten rechtlichen Regelungen taugen nur so viel, wenn sie umgesetzt werden können.
5. Dass der Staat und die internationale Staatengemeinschaft nicht zusehen können, wie sich die Finanzmarktkrise womöglich zu einer Katastrophe ausweitet, war für alle Beteiligten klar. In solchen Situationen muss der Staat als Garant des Gemeinwohls eingreifen. Auch die soziale Marktwirtschaft, die auf den vom Staat geschaffenen „Rahmenbedingungen“ beruht, ist auf dieses Handeln des Staates angewiesen. Es geht um die Ordnung der Wirtschaft, zu der nicht nur die Angebots- und Nachfrageströme am Markt zählen, sondern auch das Geld- und Kreditwesen. Ordnung erstreckt sich nicht nur auf äußerliche Bedingungen, auf den „Rahmen“, wie es das Wort Rahmenbedin-

gungen nahe legen könnte. Ordnung betrifft den Kern der Wirtschaft. Wenn sie krank ist, muss der Staat dafür sorgen, dass sie wieder funktionstüchtig wird. Um ein Beispiel zu nennen: In der Frühphase der Industrialisierung gab es für die Arbeiter keine Tariflöhne; die Bezahlung war oft so niedrig, dass der Arbeiter und seine Familie davon nicht leben konnten. Es entstand die schwerwiegende Frage des „gerechten Lohnes“, deren befriedigende Lösung fast ein Jahrhundert in Anspruch nahm. Es war zugleich die Frage des „Leistungslohnes“, die nicht zu den „Rahmenbedingungen“ gehört, sondern zum Kern der Wirtschaft, erst recht der Sozialen Marktwirtschaft. In der gegenwärtigen Finanzkrise hat sich das Vertrauen zwischen den Banken und Geldinstituten verflüchtigt. Auch das Grundvertrauen gehört zum Kern der Wirtschaft. Während der Leistungslohn primär eine Angelegenheit der Tarifpartner ist, muss in der Finanzkrise der Staat eingreifen, um die Vertrauensbasis für Geld- und Kreditgeschäfte wieder herzustellen.

6. Beinhaltet das Eingreifen des Staates eine Schwerpunktverlagerung im Verhältnis von Wirtschaft und Staat? Es gibt politische Strömungen, die die Finanzkrise für ihre ideologischen Zwecke nützen möchten. Nicht nur die Rahmenordnung soll wieder hergestellt werden, sondern der Einfluss des Staates auf die Wirtschaft ein ganz neues Gewicht erhalten. Um diese Wende vorzubereiten, werden auch die ersten Umfragen durchgeführt, ob die Banken verstaatlicht und ob die Großkonzerne, zumindest in bestimmten Bereichen, teilverstaatlicht werden sollten. Die interessierten Kreise hoffen dabei auf ein kurzes Gedächtnis der Bevölkerung. Denn auch staatliche Institute wie die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Landesbanken in Sachsen und Bayern, in West- und Norddeutschland stehen nicht etwa besser da als die privaten Banken. Und was die Geldwertstabilität betrifft, so hat die Politik immer wieder versagt. Erst die Unabhängigkeit der Notenbanken von der Politik wurde die Voraussetzung dafür, dass die Geldwertstabilität nicht politischen Interessen untergeordnet und geopfert wird. Erinnerung sei an die Aussage Papst Johannes XXIII. in der Sozialenzyklika *Mater et Magistra* (1961): „Im Bereich der Wirtschaft kommt der Vorrang der Privatinitiative den einzelnen zu, die entweder für sich allein oder in vielfältiger Verbundenheit mit anderen zur Verfolgung gemeinsamer Interessen tätig werden“ (Nr. 51). Papst Johannes Paul II., der im Kommunismus die staatliche Lenkung der Wirtschaft erfahren hat, mahnt in der Sozialenzyklika *Centesimus annus* (1991): „Die Wirtschaft, insbesondere die Marktwirtschaft, kann sich nicht in einem institutionellen, rechtlichen und politischen Leerraum abspielen. Im Gegenteil, sie setzt die Sicherung der individuel-

len Freiheit und des Eigentums sowie eine stabile Währung und leistungsfähige öffentliche Dienste voraus. Hauptaufgabe des Staates ist es darum, diese Sicherheit zu garantieren, so dass jene, die arbeiten und produzieren, die Früchte ihrer Arbeit genießen können und sich angespornt fühlen, ihre Arbeit effizient und redlich zu vollbringen. Der Mangel an Sicherheit, begleitet von der Korruption der staatlichen Behörden und dem Umsichgreifen von Bereicherung aus unlauteren Quellen und leichtem Gewinn aufgrund eines rechtswidrigen oder rein spekulativen Treibens, ist eines der Haupthindernisse für die Entwicklung und für die Wirtschaftsordnung“ (Nr. 48).

- 1 Zitiert bei Joseph Höffner, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsethik. Richtlinien der katholischen Soziallehre. Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der DBK 1985. In: Reihe „Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz“, Nr. 12, hrsg. vom Sekretariat der DBK, Bonn 1985, S. 27.
- 2 Wolfgang Schulhoff, Mehr Markt für Manager. In: FAZ vom 10. April 2008 Nr. 84/15 D 3.